

Thema: Prater Wien

Autor: k.A.

# Vermieter überrascht über Schließung von Minopolis

■ Prater Service GmbH hofft, dass es bei Vereinbarung am neuen Standort bleibt.

Wien. (rös) Wie berichtet, wird die „Kinderstadt“ Minopolis ihren Standort an der Wiener Reichsbrücke mit sofortiger Wirkung schließen - weil man sich nicht mit dem Vermieter einigen konnte. Die Danube Flats GmbH, ihres Zeichens Eigentümerin und Vermieterin der Liegenschaft am Standort Reichsbrücke, zeigte sich am Mittwoch darüber verwundert: Man sei bis zuletzt Gesprächsbereit gewesen, hieß es.

Es wurde weiters betont, dass man Minopolis trotz Mietrückständen „mehrfach entgegengekommen“ sei. Für eine Verlängerung des Bestandsvertrags sei jedoch nun eine Bankgarantie zur Abdeckung für künftige Betriebskosten erbeten worden. „Selbst

wenn diese nicht erfolgt wäre, bestand seitens der Danube Flats GmbH aber weiterhin Gesprächsbereitschaft“, hieß es am Mittwoch. Dieses Angebot sei von Minopolis aber nicht mehr wahrgenommen worden.

Konkret hatte die Eigentümergesellschaft Minopolis Edutainment AG am Dienstag beklagt, dass es nicht gelungen sei, mit dem Vermieter eine „wirtschaftlich vertretbare Einigung“ zu erzielen. Somit ende das Mietverhältnis „per sofort“. Man halte jedoch an den Plänen zur Übersiedelung der Kinderstadt in den Prater im Sommer 2014 fest, wurde betont. Details zum Umzug an den neuen Standort gab es allerdings noch nicht.

Auch bei der Prater Service GmbH konnte man nichts Konkretes sagen. „Wir stehen nach wie vor in Verhandlungen mit der Minopolis Edutainment AG“, erklärte eine Sprecherin in einem Gespräch mit der „Wiener Zeitung“.

## Neuer Vertrag nächste Woche

Infolge der im September notwendig gewordenen Ausschreibung der Vermietung des neuen Bestandsobjektes durch die Prater Service GmbH hat es Verzögerungen beim Abschluss des Mietvertrages gegeben. Laut dem Geschäftsführer der Prater Service GmbH soll es aber nächste Woche zu einem Vertragsabschluss kommen. „Wir haben diesbezüglich keine gegenteilige Meldung - und wir hoffen natürlich auch, dass es zu keiner gegenteiligen Meldung kommen wird“, erklärte die Sprecherin weiter.